

Liebe Freundinnen und Freunde der Daseinsvorsorge,

Karl Lauterbachs Krankenhausreform ist inzwischen in die Diskussion geraten. Einer breiteren Öffentlichkeit wird immer klarer, dass der Gesundheitsminister falsche Versprechungen gemacht hat: Beschäftigte sollten entlastet, von den Kliniken der ökonomische Druck genommen werden. Stattdessen erwarten uns massenweise Klinikschließungen. Schon seit Jahren schließen Krankenhäuser, weil ihnen das Geld ausgeht und Schließungen sogar staatlich gefördert werden. Jetzt soll aber mit der Einführung sogenannter Krankenhauslevel eine noch viel größere Zahl von Schließungen regelrecht angeordnet werden. Leistungsgruppen beschränken künftig, welche Behandlungen ein Krankenhaus noch anbieten darf. Das bedeutet: Hunderte Rettungsstellen, Chirurgen und Geburtsstationen werden faktisch staatlich verboten. Während Lauterbach noch dementiert, dass die Hälfte der Krankenhäuser schließen muss, bestätigt eine Analyse im Auftrag seines eigenen Ministeriums, dass 40 Prozent der Krankenhäuser keine Allgemein- und Notfallversorgung anbieten werden, weil sie entweder zu ambulanten Gesundheitszentren degradiert werden oder reine Fachkliniken sind.

Die Berichterstattung in den Medien rief jetzt immerhin die LandesgesundheitsministerInnen auf den Plan, allen voran Klaus Holetschek aus Bayern, wo besonders viele Kliniken akut von Schließung bedroht sind. Seine Kritik: Lauterbachs Krankenhauslevel würden die Versorgung in der Fläche bedrohen. Das ist richtig – nur favorisiert Holetschek die Einführung der Leistungsgruppen, und die bedrohen die Versorgung in der Fläche genauso wie die Level. Kein Wunder, dass Lauterbach Holetschek schnell Entgegenkommen versprach. Die beiden verstehen sich! Denn ob man Krankenhäuser anhand der Einschränkung von Leistungsgruppen schließt oder über Anordnung der Level, macht keinen Unterschied. Die lautstarke Opposition der Länder ist also eher Symbolpolitik. Holetschek und seine KollegInnen sehen seit Jahren Krankenhausschließungen tatenlos zu. Dafür gibt es ein bitteres Motiv: Je weniger Krankenhäuser es gibt, desto weniger Ausgaben fallen in diesem Bereich für die Länder an. Die Landesregierungen werden seit Jahren kritisiert, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Investitionsmittel zurückhalten, nun könnten sie durch den per Reform verordneten Kahlschlag ganz legal Investitionsmittel sparen.

Es ist ein Erfolg unserer bisherigen Arbeit, dass niemand mehr mit Schließungen in Verbindung gebracht werden will. Und während Lauterbach uns Schließungen als Umwandlungen zu verkaufen versucht, widersprechen die Länder nun immerhin halbherzig. Für eine Verhinderung von Krankenhausschließungen wird das nicht ausreichen. **Wir wollen der Zerschlagung unserer Gesundheitsversorgung aber nicht tatenlos zusehen. Deswegen haben wir eine neue Petition gestartet.** Darin sprechen wir gezielt diejenigen an, die in Bundestag und Bundesrat am Ende die betreffenden Gesetze beschließen: die Abgeordneten und die MinisterpräsidentInnen. Und wir machen konkrete Vorschläge, wie eine Krankenhausreform im Sinne der PatientInnen und BürgerInnen aussehen kann. **Unterzeichnen Sie noch heute, und schicken Sie den Link an Ihre FreundInnen und Bekannte: <https://www.openpetition.de/petition/online/stoppen-sie-lauterbachs-katastrophale-reformplaene-fuer-eine-echte-krankenhausrevolution>**

Wir nutzen dieses Mal die Plattform OpenPetition und hoffen, so noch mehr Menschen zu erreichen. Wie gewohnt kann man aber den Aufruf auch direkt auf der Website von Gemeingut unterzeichnen: <https://www.gemeingut.org/buendnis-klinikrettung-startet-petition-gegen-lauterbachs-krankenhausreform/>.

Oder die Unterschriftenlisten zum Ausdrucken und Auslegen hier herunterladen: <https://www.openpetition.de/petition/online/stoppen-sie-lauterbachs-katastrophale-reformplaene-fuer-eine-echte-krankenhausrevolution>.

Herzlich grüßen
für das Gemeingut-Team

Jorinde Schulz und Laura Valentukeviciute